Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Vom 14. bis 21. August Betriebswoche für die ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Im Kampf um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Bezugspreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile 35 Pf., für Familien usw. 20 Pf., Reklamezeile (nicht an den dreispaltigen Teil einer Textzeile) [illegible] Anzeigenannahme: „Den Inseraten" Allg. Inseratenexpedition, Filiale Dresden, Stübelallee 7, Hp., Tel. 27 853, Postscheck Dresden 25 515. Redaktion und Expedition: Dresden [illegible] Straße 2, Tel. 17 259. Bezugspreise: frei Haus monatlich 2.20 [illegible] jährlich), durch die Post 2.30 M. (einschließlich Zustellgebühr). Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Zurückzahlung des Bezugspreises. Verantwortlich für Lokales: Otto Rudel, Dresden; Ausland: Alfred Hendrich, Berlin; übriger Teil: Erich Geidel, Dresden; Druck u. Verlag: Dresdner Druckerei, Dresden; Inserate: Franz Mitschke, Dresden; Verlagsgesellschaft, Dresden, Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17259, Postscheck Dresden 1860

8. Jahrgang | Dresden, Mittwoch den 17. August 1932 | Nummer 185

Arbeiter demonstrieren gegen Papendiktatur

Massenkundgebungen der Berliner Arbeiterschaft . Zwei Demonstranten durch Polizeikugeln verletzt . 16 verhaftet . Niederrufe gegen die faschistische Diktatur an 25 Plätzen der Stadt

Berlin, 17. August 1932. (Eig. Drahtbericht).

In Berlin kam es gestern abend wiederholt zu spontanen Demonstrationen gegen die Regierung Papen und den Faschismus, über die die bürgerliche Morgenpresse berichten muß:

„Gestern abend versuchten die Kommunisten in Berlin mehrfach trotz des Burgfriedens zu demonstrieren. An 25 Stellen der Stadt kam es von 7 Uhr abends an zu größeren Ansammlungen. Ueberall bildeten sich Züge, deren Teilnehmer mit Niederrufen gegen die Regierung durch die Straßen zogen. In allen Fällen griff Polizei ein und zerstreute die Demonstranten, wobei sie meist vom Gummiknüppel Gebrauch machte.

Zu einem besonders schweren Zusammenstoß zwischen Kommunisten und der Polizei kam es in der Weißenburger Straße am Wörther Platz, wo ein Beamter zwei Personen durch Schüsse verletzte. Die größten kommunistischen Demonstrationsversuche ereigneten sich in Neukölln, in Moabit, am Strausberger und Rosenthaler Platz und in der Brunnenstraße. Insgesamt wurden 16 Personen festgenommen und der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums zugeführt."

Zentrum für Nazi-Ministerpräsident in Preußen

Eine bürgerliche Nachrichtenagentur meldet aus gut unterrichteten parlamentarischen Kreisen des Zentrums, daß man aller Wahrscheinlichkeit nach bereits Ende dieser Woche über die Neubildung der preußischen Regierung klarer sehen könne. Die Regierungsverhandlungen zwischen Zentrum und Nazis werden sehr optimistisch beurteilt, da das Zentrum, der Koalitionsbruder der SPD-Führer, bereit sei, für einen nationalsozialistischen Ministerpräsidenten zu stimmen, wenn der jetzige kommissarische Innenminister in dieser Regierung im Amte bleibt.

Das führende württembergische Zentrumsorgan „Das deutsche Volksblatt" in Stuttgart, das dem Staatspräsidenten Bolz nahesteht, der als Nachfolger von Kaas in der Führung der Zentrumspartei gilt, macht über die Auffassungen und Absichten maßgebender Zentrumskreise folgende Ausführungen:

„Die Verhandlungen haben bis jetzt nicht stattgefunden. Man soll alles aufbieten, um diese Verhandlungen produktiv zu gestalten. Ist ein Ergebnis erzielt, dann kann es nach Auffassung des Zentrums nicht ausbleiben, daß die Lösung der Regierungsfrage in Preußen auch eine Klärung im Reich nach sich zieht."

Damit wird also gesagt, daß das Zentrum zur Preußenkoalition mit den Nazis bereit ist, selbst um den Preis eines Nazi-Ministerpräsidenten. Gleichzeitig mit der Schaffung der preußischen Nazi-regierung durch die Koalitionsfreunde der SPD hofft man auf eine Verständigung im Reich, das heißt auf die Heranziehung von Nazi-ministern, trotzdem Hitler noch im Hintergrund gehalten wird, um den „Retter" nicht vorzeitig zu demaskieren. Wohin der Kurs der Papen und Bracht steuert, dafür nur einen Beweis:

Antifaschistische Aktion in Betrieben

Hamburg, 17. August 1932. (Eig. Drahtbericht).

Um sich gegen weitere Naziüberfälle zu schützen, haben die Arbeiter der Firma Köjer im Fischereihafen eine antifaschistische Betriebskassel gebildet. Bekanntlich rückten in der vorigen Woche Nazitrupps an, um den Betrieb zu stürmen und die Arbeiter von den Arbeitsplätzen zu vertreiben. Aus dem Nazihausen sind auch Schüsse auf die Arbeiter abgegeben worden. Die Belegschaft von Köjer hat sich mit diesem Vorfall beschäftigt. Es wurden Listen herumgegeben, in die sich in wenigen Stunden über 100 Arbeiter einzeichneten und damit ihre Bereitschaft zum antifaschistischen Kampf demonstrierten. Es fand eine Betriebsversammlung statt. Dort schlossen sich 160 Arbeiter zu einer Betriebsschutzkassel zusammen, wählten sich Funktionäre und gelobten ihre Bereitschaft, den antifaschistischen Kampf auch in den Betrieben aufzunehmen.

Den Nazis alle Tore zur Polizei geöffnet

Der Stellvertreter Papens in Preußen, der kommissarische Innenminister Bracht, hat jetzt das Verbot für Polizeibeamte, sich für den sogenannten „Verband der Schutzpolizeibeamten Preußens" zu betätigen, aufgehoben. Dieser Verband steht in Verbindung mit der Hitlerpartei und der SA und gibt ein in nationalsozialistischen Gedankengängen sich bewegendes Blatt „Die preußische Schutzpolizei" heraus. Es ist nunmehr gestattet, sich für diesen Nazi-verband zu betätigen und für ihn zu werben und überdies hat Bracht angeordnet, daß die Polizeibehörden amtliche Beziehungen zu dem Verband aufrecht zu erhalten haben.

In ähnlicher Linie bewegen sich auch die Maßnahmen, die der von der Papenregierung ernannte neue Rundfunkkommissar, der Nazimann Dr. Scholz, im Rundfunk durchführt. Es werden Personalveränderungen in wachsendem Umfange durchgeführt, — jetzt sollen Hamburg, Breslau und Frankfurt drankommen — wobei „parteilosen" oder rechtsbürgerlichen Faschisten die entscheidenden Posten übergeben werden sollen.

Das faschistische Papen-Bracht-Regime fördert auch den Hitlerfaschismus nach wie vor in jeder Weise. Wenn die SPD-Presse jetzt wieder Hindenburg und Papen als „Schutz vor Hitler" hinzustellen versucht, so zeigen am besten die Tatsachen die ganze Erbärmlichkeit dieser neuen „Kleinere-Uebel"-Politik der Sozialdemokratie.

250 000 englische Textilarbeiter vor dem Streik

Gemeinsamer Kampf erzwingt den Sieg

Deutsche Textilbarone hoffen auf Sonderprofite durch Streikbrucharbeit . Streik gegen den Lohnraub in Sachsen ist die aktivste Solidaritätsaktion

London, 16. August 1932

Nach dem Lohnabbauangriff in den englischen Webereien hat auch der Verband der englischen Spinnereibesitzer die Forderung auf einen 10prozentigen Lohnabbau erhoben. Die Lohnsenkung soll ab 16. September erfolgen. Es ist zu erwarten, daß sich der Kampf auf die gesamte englische Textilindustrie ausdehnen wird.

Schon seit Monaten führen die englischen Textilarbeiter einen Kampf gegen Lohnabbau, Mehrstuhlsystem und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. In Burnley und Earby stehen seit dem 25. Juli sämtliche Webereien und Spinnereien, [illegible] alle 60 Textilfabriken mit 25 000 Arbeitern im Streik. Die Arbeiter der übrigen Textilbezirke drängen zum Kampf, und die Leitung der Verbandsleitung, erst am 27. August den Generalstreik zu beginnen, ist nur gehaßt worden, um Zeit zum Kuhhandel zu gewinnen und die Arbeiter von der sofortigen Kampfaufnahme abzuhalten. Doch der Wille der englischen Textilarbeiter zum Streik ist stärker. So sind am Montag und Dienstag in Preston eine Anzahl Betriebe in den Streik getreten, ohne die Billigung der Verbandsleitung abzuwarten. In Burnley kam es zu einem heftigen Kampf zwischen Streikposten, Streikbrechern und Polizisten, wobei drei Polizisten und zwei Arbeiter niedergeschlagen wurden.

Der Kampf der englischen Textilarbeiter ist für die deutsche Arbeiterschaft nicht allein ein vorbildliches Beispiel, um ebenfalls sofort alle Angriffe der Textilindustriellen mit dem Kampf zu beantworten, sondern die sächsischen Textilarbeiter haben auch die proletarische Pflicht, internationale Solidarität zu üben. Die deutschen Unternehmer beabsichtigen, den englischen Streik zu einem Sondergeschäft für sich auszunutzen. Das „Berliner Schlaf-Abendblatt" brachte gestern unter der Spinnmarke „Hoffnungen für die deutsche Textilindustrie durch den englischen Streik?" folgende Notiz:

„Nach vorliegenden Meldungen droht der englischen Textilindustrie eine Streikbewegung, die um so erfolgreicher zu werden verspricht, als die englischen Textilgewerkschaften als finanziell besonders fundiert gelten. Der Nutzen für die deutsche Konkurrenz wurde jedoch dadurch geschmälert werden, daß der englische Abnehmer für Baumwolle auf dem Weltmarkt ausfallen würde. Infolgedessen könnte dadurch die Baumwollhausse, die die deutsche Textilindustrie angesichts ihrer großen Vorräte lebhaft begrüßt hat, abgebremst werden."

Daraus geht die Absicht der deutschen Textilunternehmer deutlich hervor, aus dem Streik in England Nutzen zu ziehen. Sie beabsichtigen in ihren Betrieben Streikbrecherware herstellen zu lassen. Die Ansicht, daß durch den Streik die Steigerung der Baumwollpreise gefährdet werden könnte, mindert zwar ihre Freude etwas.

Die sächsischen Textilarbeiter werden den Textilindustriellen ihre schändliche Absicht noch gründlicher verpfeifen. Sie sind nicht gewillt, sich als Streikbrecher gegen ihre englischen Kollegen mißbrauchen zu lassen, sondern sie werden gemeinsam proletarische Solidarität üben und darüberhinaus selbst zur Gegenoffensive übergehen. In gemeinsamer Kampffront sind die deutschen und englischen Textilarbeiter unüberwindlich.

Durch den gleichzeitigen Kampf in England sind die Erfolgsaussichten für die sächsische Textilarbeiterschaft noch größer geworden. Der Kampf der englischen Textilarbeiter ist auch unser Kampf, ihr Sieg auch unser Sieg!

Es gilt deshalb, mit größter Beschleunigung und aller Energie die letzten Kampfvorbereitungen zu treffen. Die Betriebskampfwoche der Antifaschistischen Aktion ist das Schwungrad, daß die rote Einheitsfront zum Kampf gegen Lohnraub und Faschismus in Bewegung bringen wird.

Erwerbslose geben Beispiel in Antifaschistischer Aktion

Unterstützungsabbau abgewehrt

Einheitsfront von Erwerbslosen und Kleingewerbetreibenden erringt den Sieg . Arbeitslose in Baden erkämpfen Unterstützungserhöhung

Die Wohlfahrtserwerbslosen von Plauen bei Flöha haben in Einheitsfront mit den Kleingewerbetreibenden einen erfolgreichen Kampf gegen geplanten Unterstützungsabzug geführt.

Am Sonnabend wurde durch Anschlag im Rathaus bekanntgemacht, daß die Wohlfahrtsunterstützungssätze vorläufig um ein Sechstel gesenkt werden. Die Erwerbslosen verweigerten die Annahme der gekürzten Unterstützung. Sie waren bereit, auch am Montag geschlossen wieder die volle Unterstützung zu verlangen. Die Gewerbetreibenden am Ort sahen ein, daß sie mit den Erwerbslosen gemeinsam ein Interesse daran haben, einen weiteren Unterstützungsabbau zu verhindern. Alle Geschäftsleute und auch der Konsumverein erklärten sich bereit, den Erwerbslosen vorläufig die Waren zu borgen, bis die volle Unterstützung wieder ausgezahlt wird.

Durch das geschlossene Auftreten der Erwerbslosen und die aktive Teilnahme der Geschäftsleute wird die Unterstützung weiter voll ausgezahlt.

Dieses glänzende Beispiel der Kampfeskraft der roten Einheitsfront unter Einbeziehung der Gewerbetreibenden muß an allen Orten Nachahmung finden. Unterstützungs- und Lohnabbau bedeutet für den kleinen Geschäftsmann ebenso weiteres Elend wie für den Betriebsarbeiter und Erwerbslosen. Das Beispiel von Plauen beweist, was geschlossener Kampf der Gewerbetreibenden gemeinsam mit den Arbeitern vermag.

Weit über 250 000 Textilarbeiter Sachsens stehen jetzt außer den Angestellten in der Textilindustrie im Lohnkampf. Das ist ein Drittel der sächsischen Arbeiterschaft. Auch hier müssen die Geschäftsleute praktische Solidarität in jedem Orte einleiten. Für die Auslösung des Kampfes in der Textilindustrie ist es außerordentlich wichtig, daß bereits jetzt in allen Orten Solidaritätsausschüsse gewählt werden, welche alle Maßnahmen zur aktiven Unterstützung der Textilarbeiter einleiten.

12 Prozent Lohnabbau

Dresden, 17. August 1932

In dem Gastwirtschaftsbetrieb Reger & Bergmann auf dem Dresdner Hauptbahnhof ist wiederum ein Lohnabbau angekündigt worden. Noch in diesem Monat sollen die Gehälter um 12 Prozent gesenkt werden. Die Gesamtbelegschaft muß sich zur Wehr setzen. Nur im Kampf kann der neue Vorstoß abgewehrt werden.